

INHALT

VORWORT	9
EINFÜHRUNG	11
I. EUROPA UND SEINE DEMOKRATISCHE REVOLUTION 1989/90	19
1. Vor dem Umbruch: Europa in den 1980er Jahren	19
2. Zusammenbruch des Kommunismus und demokratische Revolution	27
<i>Eine globale «Welle» der Demokratie?</i>	27
<i>Gorbatschow als «Zauberlehrling»</i>	30
<i>Das Erwachen der Völker und die Revolutionen des Jahres 1989</i>	35
<i>Das Ende der Sowjetunion</i>	51
3. Das geöffnete Tor: Der Westen und der Umbruch in Europa	54
<i>Überraschung und Teilnahme im Westen</i>	54
<i>Das vereinigte Deutschland als Testfall</i>	61
<i>Die Europäische Union als Verheißung</i>	72
II. DAS ÖSTLICHE EUROPA IN DEN 1990ER JAHREN	78
4. Nation und Demokratie: Aufbruch in die Freiheit	78
<i>Staaten, Territorien, Bevölkerungen</i>	78
<i>Einübung in die Demokratie</i>	86
<i>Welche Wirtschaftspolitik?</i>	93
<i>Die Last der Vergangenheit</i>	102
<i>Das Risiko der Freiheit</i>	113
5. Sarajewo! – oder Europas jugoslawische Katastrophe	121
<i>Der Zerfall Jugoslawiens</i>	121
<i>Bürgerkrieg und «ethnische Säuberungen»</i>	133
<i>Srebrenica und das Abkommen von Dayton</i>	139
<i>Der Kosovo-Krieg</i>	142
<i>Das Ende Miloševićs, Den Haag und die Frage der Schuld</i>	146

III. DAS GEMEINSAME EUROPA ALS POLITISCHES PROJEKT	153
6. Vergemeinschaftung und Konvergenz in der Europäischen Union	153
<i>Gemeinsame Währung, gemeinsame Wirtschaft</i>	155
<i>Die Osterweiterung der EU</i>	164
<i>Vertiefung in der Erweiterung: Eine Verfassung für Europa?</i>	175
7. Weltmacht Europa?	192
<i>Europa und der Erste Irak-Krieg 1990/91</i>	193
<i>Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik?</i>	198
<i>Einsatz im Kosovo</i>	205
<i>Spaltung Europas? «Nine Eleven» und der Zweite Irak-Krieg 2003</i>	212
<i>Die Europäische Union als internationale Friedensmacht?</i>	221
IV. DIE HERAUSFORDERUNGEN DER GLOBALISIERUNG	226
8. Das neue Europa und die globale Wirtschaft	226
<i>Technologische Revolution und Transformation der Märkte</i>	226
<i>Die Integration Osteuropas in die Weltwirtschaft</i>	241
<i>Flexible Dienstleistungsklassen in der globalen «Wissengesellschaft»</i>	247
<i>Euphorie und Ernüchterung: Aufstieg und Fall der New Economy</i>	266
9. Angleichung der Lebensformen und kulturelle Diversität	269
<i>Familien, Geschlechter, Generationen</i>	270
<i>Konsum und Massenkultur</i>	277
<i>Elitenmobilität und Massenmigration</i>	284
<i>Neue kulturelle Vielfalt</i>	293
<i>Das Vordringen regionaler Identitäten</i>	299
10. Politische Anpassung und politischer Protest	308
<i>«Krise der Demokratie» oder Formwandel des Politischen?</i>	308
<i>Parteien in der Kritik</i>	318
<i>Die Herausforderung des Populismus</i>	328
<i>West-osteuropäische Konvergenz?</i>	339

V. KULTURELLE SELBSTBESINNUNGEN UND EUROPÄISCHE «IDENTITÄT»	348
11. Grenzen und Abgrenzungen	350
<i>Binnengrenzen und Außengrenzen</i>	350
<i>Gehört die Türkei zu Europa?</i>	354
12. Die Konstruktion des «Anderen» und der Blick von außen	359
<i>Europa und der Islam</i>	360
<i>Europa transatlantisch und asiatisch betrachtet</i>	371
13. Geschichte und Gedächtnis	377
<i>Postheroismus und Opferkommemoration</i>	377
<i>Holocaust und kulturelles Gedächtnis</i>	384
<i>Postkommunismus und kommunikatives Gedächtnis</i>	386
SCHLUSS: KRISE UND KONVERGENZ	392
14. Europa in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008–2011	392
<i>Bankenkrise «made in the US»</i>	392
<i>Die europäische Schuldenkrise</i>	397
15. Wächst Europa zusammen?	401
<i>Teleologische Versuchungen</i>	401
<i>Angleichung in der Ungleichheit</i>	403
<i>Krise Europas?</i>	406
Anmerkungen	411
Abkürzungsverzeichnis	467
Quellen- und Literaturverzeichnis	471
Bildnachweis	480
Orts- und Namensregister	481

EINFÜHRUNG

Kann man eine Geschichte Europas seit 1989 schreiben – eine Geschichte Europas «in unserer Zeit»? Läßt sich überhaupt eine Geschichte schreiben, solange man ihr Ende nicht kennt? Auf den ersten Blick mag sich Skepsis einstellen. Denn allzu vieles in der jüngsten Geschichte Europas scheint doch noch allzu undeutlich vor uns zu stehen. So wissen wir zum Beispiel nicht, wie offenkundige politisch-konstitutionelle Rückschritte in manchen europäischen Ländern wie Ungarn oder Italien längerfristig einzuordnen sind. Handelt es sich um Einzelfälle, die sich nur aus sich selbst erklären lassen, etwa aus der problematischen Rolle der Nationalgeschichte in Ungarn, dem atemberaubenden Parteienzerfall in Italien und der sich hieraus ergebenden übermäßigen Bedeutung Silvio Berlusconis? Weisen diese Länder möglicherweise auf eine allgemeinere Regression der europäischen Demokratien hin? Oder handelt es sich, was doch wohl wahrscheinlicher ist, um vorübergehende Phänomene, gleichsam um Normvarianten eines Entwicklungstypus der westlichen Demokratien seit 1989?

Damit hängt die Frage nach dem Stand der postkommunistischen Transformation zusammen. Ist die ökonomische Stabilisierung gelungen? Sind Rückfälle in autoritäre Regierungsformen zu befürchten? Können die ostmittel- und südosteuropäischen Regionen wirtschaftlich und politisch zu ihren westlichen Nachbarn aufschließen und damit ihre 1989 eingeläutete «Rückkehr nach Europa» besiegeln? Wie steht es ferner mit dem Schicksal der sowjetischen Nachfolgestaaten? Bewegt sich die russische, weißrussische oder ukrainische Geschichte seit 1991 in Richtung «Europa»? Entwickelt sich trotz aller Rückschläge eine zivilgesellschaftlich fundierte, demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung mit einer funktionierenden Marktwirtschaft? Oder etabliert sich ein eigenständiger, präsidial-autoritärer Typus, der, zumindest gemessen am westlichen Anspruch, demokratische und zivilgesellschaftliche Defizite aufweist?

Schließlich die Gretchenfrage Europas, die nun im zweiten Jahrzehnt des dritten Jahrtausends unserer Zeitrechnung beunruhigender denn je auf die Tagesordnung drängt: Wie steht es um die europäische Integration? Wächst Europa zusammen oder bricht es zusammen? Steht die Europäische Union heute auf einem gewachsenen Fundament oder ist sie gerade dabei, «ihre große historische Chance» zu verspielen?¹ Und wie sieht die Zukunft des Euro-Raumes aus? Kann Europa seine aktuelle Schulden- und Vertrauens-

krise überwinden? Verspricht ein entschlossener Schritt in die Richtung einer weiteren finanzpolitischen Vergemeinschaftung – zum Beispiel durch Eurobonds – die Lösung der Krise oder droht der Zerfall des Euro in seine nationalen Einzelteile?

Niemand kann gegenwärtig diese Fragen beantworten. Das gilt für Ökonomen, Politikwissenschaftler und andere Experten gleichermaßen, für den Historiker aber erst recht. Denn anders als der Nachgeborene kann er weder alle Zusammenhänge noch das Ende kennen. Die jeweils eigene Zeit – «unsere Zeit» – bleibt der wissenschaftlichen Erkenntnis nur in begrenzter Weise zugänglich. Fehlen dann aber nicht eben jene Distanz, jene Kenntnis der Folgen und auch jene Quellenzugänge, die für eine adäquate historische Analyse die notwendige Voraussetzung bilden?²

Es versteht sich von selbst, daß dieses Buch in eine andere Richtung argumentiert, sonst hätte es auch gar nicht geschrieben werden können. Zum einen behandelt es einen Untersuchungszeitraum, der, zeithistorisch betrachtet, keineswegs kurz ist. Er umfaßt inzwischen ein volles Drittel der gesamten Nachkriegszeit; zwei Generationen von Europäern wurden in diese Phase hineingeboren. Der Zeitverlauf als solcher trägt also zur Historisierung der hier in Frage stehenden Epoche bei und erlaubt es überdies, die Zäsur von 1989 bereits mit der gebotenen Distanz zu betrachten. Gegenstand und Untersuchungszeitraum der Zeitgeschichte können also schon nicht mehr auf die Zeit davor beschränkt und im Sinne eines bloßen «kurzen» 20. Jahrhunderts definiert werden. Dringend erforderlich sind vielmehr neue Impulse für die Erforschung der Periode seit 1989/90. Je länger, desto mehr muß sie als zeithistorische Periode eigenen Rechts konstituiert und mit einer spezifischen Forschungsagenda ausgestattet werden.

Dabei ergibt sich ein erster fundamentaler Befund. Denn das Schlüsselwort für die europäische Geschichte unserer Zeit lautet Freiheit. Tatsächlich dürfte es nur wenige Epochen der neueren Geschichte geben, in denen binnen zweier Jahrzehnte ein solch gewaltiger Zuwachs an Freiheit zu verzeichnen war, wie nach 1989. Keineswegs betraf dies nur die Befreiung Osteuropas vom Kommunismus, wenngleich allein dieser Prozeß eine historische Zäsur markierte. Indes begleiteten den politischen Freiheitsgewinn in den früheren Ostblockstaaten tiefgreifende Veränderungen in der westlichen Welt. Dort hatten schon vor dem Umbruch von 1989 Politiker und Experten daran gearbeitet, die Bedingungen für neue politische, wirtschaftliche und finanzielle Freiheiten zu schaffen. Die Liberalisierung der Finanzmärkte begann ebenso in den 1980er Jahren wie die Vorbereitung auf den Euro. Beides zusammen ermöglichte eine zuvor nicht gekannte Freiheit im Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital. Parallel hier-

zu stieg die persönliche Freizügigkeit zunächst in West-, nach 1989 aber in ganz Europa in einer Weise an, die man noch eine Generation zuvor kaum für möglich gehalten hätte. Erstmals in seiner neueren Geschichte wurde Europa nun für alle seine Bürger zum gemeinsamen Erfahrungsraum. Der Abbau der innereuropäischen Grenzkontrollen und die Etablierung der Wirtschafts- und Währungsunion ermöglichten es, sich in ihm in freier Wahl einzurichten. Dabei war die innereuropäische Freizügigkeit nur Teil einer weltweiten Entwicklung. Und die Europäer hatten nachhaltig Teil an der sich dynamisch beschleunigenden Globalisierung. Sie eröffnete dem Einzelnen wie auch kollektiven Akteuren – vor allem den Wirtschaftsunternehmen – niemals zuvor gekannte Chancen auf freie Entfaltung.

Aber wie immer in der Geschichte hat die Freiheit ihren Preis. Am unmittelbarsten greifbar ist er in den postkommunistischen Staaten, wo der teilweise schockartige Übergang von der Parteidiktatur in die freie Marktwirtschaft erhebliche politische und soziale Verwerfungen nach sich zog. Unvermeidlich gebär eine Umwälzung, die Gewinner und Verlierer zugleich produzierte, Enttäuschungen und Bitterkeit. Aber vor dem Hintergrund der fortschreitenden Liberalisierung waren auch die westlichen Gesellschaften von einer zunehmenden Polarisierung gekennzeichnet. Die Globalisierung und die Modernisierungsstrategien der Europäischen Union wie der meisten nationalen Regierungen bewirkten eine neuartige Wettbewerbssituation, die viele Bürger Europas in ihrer Existenz traf. Begleitet wurden diese «neoliberal» inspirierten Prozesse ironischerweise von neuen Bürokratisierungsschüben. Eindeutig technokratische oder gar sozialtechnologische Tendenzen bildeten die problematische Schattenseite des europäischen Einigungsprozesses. In jedem Fall verursachte die Steigerung der Freiheit Folgekosten, die Europa teuer zu stehen kommen können. Und wie hoch am Ende der Preis für die unleugbaren Freiheitsgewinne durch den Euro sein wird, ist ohnehin noch längst nicht ausgemacht.

Zugleich wachsen auch die kulturellen Risiken, die die gesteigerte Freiheit birgt. Globalisierung, Freizügigkeit und Individualisierung haben neue Formen der kulturellen Diversität hervorgebracht, über deren Folgen heftig gestritten wird. Tatsächlich ist sich Europa weniger denn je seiner «Identität» gewiß angesichts der Debatten um Migration und Religion, Individualrechte und Gemeinschaftsbedürfnisse. Und schließlich stellt sich die Frage nach dem Preis der Freiheit, den Europa zu entrichten hat, auch auf internationaler Ebene. Mehr und mehr scheinen nämlich die Krisenherde in aller Welt die «humanitäre Intervention» der westlichen Mächte zu erfordern. Will, ja muß es sich die «Weltmacht Europa» in diesem Zusammenhang leisten, auch außerhalb des eigenen Kontinents für Freiheit

und Menschenrechte einzutreten? Und will sie dies auch unter Inkaufnahme eigener finanzieller und personeller Opfer tun?

Der Preis der Freiheit geht also im europäischen Maßstab weit über den «Preis der Einheit» (Gerhard A. Ritter) hinaus, den die Deutschen zu zahlen hatten. Er ist im Spannungsfeld eines dialektischen Prozesses zu entrichten, in dessen Verlauf Europa zwar unleugbar zusammenwächst, aber eben hierdurch immer neue Krisen produziert. Im Mittelpunkt der folgenden Kapitel steht daher die Frage, wie sich in dem zusammenwachsenden Europa Freiheitsgewinn und neues Risiko zueinander verhalten. Sie wird in den folgenden Kapiteln aus ihren verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet und eingehend behandelt werden. Dabei zeigt sich, daß sich in der jüngsten Geschichte Europas mehrere Entwicklungsprozesse überschneiden, die einer unterschiedlichen Chronologie folgen, sachlich aber doch eng miteinander zusammenhängen. Seit den späten 1970er Jahren nämlich entfaltet sich eine geschichtliche Epoche «nach dem Boom», in der die meisten ökonomischen und soziokulturellen Gewißheiten der bürgerlichen Moderne, aber auch des kommunistischen Gegenentwurfs fraglich werden oder sogar verschwinden.³ Sie prägte in Ost- wie Westeuropa in jeweils spezifischer Weise die 1980er Jahre, untertunnelte die Zäsur von 1989 und setzte neue, langfristig wirksame und tiefgreifende Umbrüche frei. Das große politische Ereignis des Jahres 1989, die Befreiung der osteuropäischen Völker vom Kommunismus, ist letztendlich in diese übergreifende Dynamik eingebettet, ja wahrscheinlich ist es schlicht deren Teil, auch wenn es einen eigenständigen, aus 40 Jahren kommunistischer Herrschaft gespeisten Geschehenszusammenhang besaß und zur Heroisierung der Akteure vielfachen Anlaß bot.

In jedem Fall gilt es, mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Umbruch von 1989, Hans Rothfels' 1953 verkündeten Anspruch der Zeitgeschichte, die «Epoche der Mitlebenden» wissenschaftlich zu behandeln, mit neuem Leben zu erfüllen.⁴ Eine europäische Geschichte «unserer Zeit» zu schreiben, ist mithin ein erster, freilich vorläufiger Versuch, jenseits der überkomplexen, lauten und undurchsichtigen Gegenwart zeithistorische Linien zu ziehen, die überbordende Fülle des Stoffes zu ordnen, erste Zusammenhänge zu erkennen und zugleich Wichtigeres von weniger Relevantem zu unterscheiden.⁵

Daß es dagegen unmöglich ist, einen Endpunkt des Untersuchungszeitraums zu konstruieren, beschränkt zwar die Erkenntnis, hat aber auch unübersehbare Vorteile. Deren wichtigster ist der erzwungene Verzicht auf jegliche Teleologie. Jede Geschichtsschreibung läuft Gefahr, die Ergebnisse eines historischen Prozesses zum Ziel der Geschichte zu erklären. Das

eigene Wissen um den weiteren Verlauf der Ereignisse verführt nur allzu schnell dazu, das bloß zeitliche Ende zum sinnhaften Telos umzudeuten. Und es gibt kaum ein Datum in der neuesten europäischen Geschichte, bei dem die entsprechende Versuchung größer wäre als in bezug auf das Jahr 1989. Die systematische zeithistorische Analyse der darauffolgenden Epoche, die offen ist und deren Zukunft sich dem historischen Erkennen verschließt, kann daher den Blick auf den Umbruch von 1989 schärfen und dabei helfen, ihn in einen übergreifenden Zusammenhang einzuordnen.

Das Ende nicht zu kennen, hält für eine europäische Geschichte der Gegenwart zudem noch einen weiteren Vorteil bereit. Denn ganz unverkennbar besteht die Gefahr, die Teleologie der Nationalgeschichten durch die Teleologie eines europäischen Fortschrittsnarrativs zu ersetzen. Die politische Sprache und die Deutungskultur der europäischen Integration selbst wirken beständig auf eine solche europäische Meistererzählung hin.⁶ Um so vorteilhafter ist es, über den Ausgang der behandelten Entwicklungen im unklaren zu sein. So lehrt der Blick auf die Entwicklung seit 1989, daß der Weg von den vertrauten Interessenstrukturen und Erzählkategorien des beendeten westeuropäischen Nachkriegsprojekts nunmehr in ein unübersichtlicheres, pluralisiertes, größeres und vor allem globalisiertes Europa geführt hat. Dies verweist auf die schon ältere Einsicht, daß Europa nichts Statisches ist. So wie die europäischen Nationen als «vorgestellte Gemeinschaften» – *imagined communities* – entstanden sind⁷, so wandelt sich auch die Vorstellung davon, was Europa sei. Europa erfindet sich immer wieder neu und erscheint als ein Raum, dessen Außengrenzen historisch ebenso wandelbar sind wie die Mechanismen seiner Binnenintegration. Überdies wird der Kontinent seit 1989 mehr als jemals zuvor zur «Provinz» innerhalb eines größeren Ganzen, das heißt eines globalen Wirtschaftsraums oder auch einer «Weltgesellschaft», die ihre eigenen Bewegungsgesetze hervorbringen.⁸ Um so offener ist gegenwärtig die Frage nach der kulturellen Identität und nach der Zukunft Europas.

Auch räumlich läßt sich der Gegenstand dieses Buches nicht eindeutig definieren.⁹ Eine enzyklopädische Übersicht im Sinne der Addition einzelner Ländergeschichten wird ohnehin niemand erwarten. Und wo Europas Grenzen verlaufen, ist nicht nur im Zuge der heftigen Kontroverse um den möglichen EU-Beitritt der Türkei zu einer kaum präzise zu beantwortenden Frage geworden. Europa ist ein Geschichtsraum mit einem Überschuß an Bedeutungs- und Sinnzuschreibung. Räumliche Vorstellungen verändern, verflüssigen und formen sich neu im Zeitalter globaler Vernetzung. So war auch der osteuropäische Raum nach dem Fall des Kommunismus fluide geworden und überhaupt erst wiederzuentdecken.¹⁰ Räumliche Zu-

schreibungen wie «Mitteleuropa» oder «Ostmitteleuropa» erfuhren eine Renaissance und in der sprachlichen Formulierung bildeten sich alte und neue Abgrenzungen – etwa gegenüber «Ost»- oder «Südosteuropa» – und neu konstruierte *mental maps* ab.¹¹

Im folgenden geht es daher weniger um eine räumlich umfassende Geschichte, die im übrigen auch gar nicht zu leisten wäre, als um eine problemorientierte Gegenwartsgeschichte Europas. Ihre Leitfragen ergeben sich aus den Konstellationen «unserer Zeit», die zwar einerseits stets auch gemeineuropäischen Charakter aufweisen, sich andererseits aber in jeweils konkreten Räumen unterschiedlich verdichten. So ist zwar die Geschichte des Zusammenbruchs des Kommunismus selbstverständlich zunächst ein Thema der ost(mittel)europäischen Geschichte; aber sowohl die Ursachen wie die Folgen dieses Zusammenbruchs, schließlich auch die Transformation der postkommunistischen Staaten lassen sich nicht räumlich begrenzen, sondern beeinflussen den Kontinent in seiner Gesamtheit. Analoges gilt für die Desintegration Jugoslawiens und die jugoslawischen Nachfolgekriege. Und auch alle weiteren Themen, die auf den folgenden Seiten abgehandelt werden, betreffen die «vorgestellte Gemeinschaft» der Europäer in jeweils wechselnder räumlicher Verdichtung.

Wenngleich also auf eine feste Definition des hier behandelten Untersuchungsraumes verzichtet wird, prägen natürlich räumliche Schwerpunktsetzungen und pragmatische Erwägungen den Gang der Darstellung. Verzichtet wird insbesondere auf ausführlichere Darlegungen zur Geschichte der sowjetischen Nachfolgestaaten. Die russische beziehungsweise post-sowjetische Geschichte seit 1991 adäquat zu behandeln, erforderte einen spezifischen disziplinären Zugriff, ja eine ganz eigene Darstellungsform, die über die Geschichte Europas hinausgehen und Reichweite und Umfang dieses Buches sprengen würde. Dagegen ist es ein Anliegen dieses Buches, die traditionelle Konzentration auf einen verengten westlichen Europa-Begriff zu überwinden. Auf die Transformation der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten des früheren Ostblocks richtet sich daher immer wieder die besondere Aufmerksamkeit. Einen besonderen Schwerpunkt bilden jene ostmitteleuropäischen Länder, in denen sich der Umsturz von 1989 als klares Bekenntnis zum demokratisch-marktwirtschaftlichen Modell des Westens vollzog. In hervorgehobener Weise betraf dies die baltischen sowie jene drei Staaten, die sich 1991 in der ungarischen Stadt Visegrád zu einer lockeren Verbindung zusammenschlossen: nämlich Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn.

Im übrigen aber folgt der Gang der Darstellung jenen Themenfeldern in Politik, Wirtschaft und Kultur, denen nur eine gesamteuropäische Perspek-

tive gerecht wird. Sie betrachtet den Formwandel der Demokratie und die Herausforderung des Populismus ebenso als europäische Phänomene wie die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Globalisierung und die leidenschaftlich kontroversen Auseinandersetzungen um die kulturellen Grundlagen des neuen Europa. In allen diesen Lebensbereichen sitzt überdies die Europäische Union als Mitspieler stets mit am Tisch. Während des Untersuchungszeitraums hat sie fraglos an Statur und Einfluß gewonnen, ohne damit freilich jeden Zweifel an ihrer Zweckmäßigkeit ausräumen zu können. Insofern gehört auch der schwierige, durch Krisen und Rückschläge gezeichnete Fortgang der europäischen Integration zu den Themen dieses Buches.

Wenn also die Schlüsselthemen unserer Zeit konsequent auf einer europäischen Betrachtungsebene abgehandelt werden, so verweist dies auf die hier entfaltete Kernthese: daß nämlich die Gegenwartsgeschichte Europas einem mächtigen historischen Trend zur Konvergenz folgt. Mit Konvergenz sind freilich nicht nur Angleichung und Ähnlichkeiten gemeint, sondern im Sinne Hartmut Kaelbles auch «wachsende Verflechtungen, intensivere wechselseitige Erfahrungen und erfahrungsgesättigte wechselseitige Bilder». ¹² Vor dem Hintergrund der eingangs gestellten skeptischen Fragen, vor allem aber der sich zuletzt so dramatisch zuspitzenden Schulden- und Vertrauenskrise des Euro-Raumes mag eine solche Auffassung überraschen. Dies wäre dann berechtigt, wenn man Angleichung und Konvergenz als linearen Prozeß begriffe und damit dann doch wieder einem europäischen Fortschrittsnarrativ die Hintertür öffnete. Eine solche Konstruktion wäre aber empirisch nicht haltbar. Die folgenden Kapitel argumentieren vielmehr mit der Paradoxie einer unbestreitbar nachzuweisenden europäischen Konvergenz, den aus ihr erwachsenden gegenläufigen Prozessen und ihrer zur selben Zeit regelmäßig stattfindenden diskursiven Infragestellung. Um die Geschichte Europas «in unserer Zeit» adäquat zu erfassen, braucht es ein dialektisches Modell, in dem Konvergenz und Krise konzeptionell aufeinander bezogen sind.

Tatsächlich gleicht Europa einer in die Zukunft gerichteten Vorstellung, die im selben Atemzug aus sich selbst heraus deren negatives, eben krisenhaftes Gegenbild hervorbringt. Die Vorstellung vom Aufbau, von der weiteren Integration und Konvergenz Europas ist mithin immer schon gekennzeichnet durch die gegenläufige Diagnose seines Auseinanderdriften, seiner Divergenzen, ja Fragmentierung und durch die Beschwörung eines drohenden Rückfalls in die Zeit nationaler Egoismen. Objektive Prozesse wie die gegenwärtige Überschuldung Griechenlands, Italiens und anderer europäischer Staaten verknüpfen sich regelmäßig mit der diskursiv herge-

stellten Verfestigung eines Krisenszenarios. Keineswegs also folgt im Sinne einer fortschreitenden Linearität einer Krise deren Überwindung beziehungsweise entsteht ein spannungsfreier Zustand, der dann in die «Krise» geriete. Vielmehr wird dieses Buch die strukturelle Gleichzeitigkeit aufzeigen zwischen dem unbestreitbaren Trend zur europäischen Konvergenz und den sie in Frage stellenden Gegenkräften.

Dabei folgt die Geschichte Europas ganz der Logik einer Pfadabhängigkeit, in der Probleme nur mit den bereits bekannten, auf dem Pfad schon einmal eingesetzten Werkzeugen gelöst werden können. Vom einmal eingeschlagenen Pfad abzuweichen, ist dagegen angesichts der Folgekosten und des erheblichen Legitimitätsverlustes grundsätzlich nicht mehr möglich. Zwischen der zukunftsgerichteten Vorstellung von Europa, dem gleichzeitig konstruierten Gegenbild von der «Krise» Europas und dem ebenfalls gleichzeitig geäußerten Willen, die Situation durch den erhöhten Einsatz europäischer Mittel – eben durch «mehr Europa» – zu bewältigen, besteht daher ein systemischer Zusammenhang. Er treibt den Prozeß der Konvergenz und der Angleichung Europas ebenso an wie seine Krise.

I. EUROPA UND SEINE DEMOKRATISCHE REVOLUTION 1989/90

1. Vor dem Umbruch: Europa in den 1980er Jahren

Am Beginn der 1980er Jahre sah es nicht gut aus für Europa. Im Westen des Kontinents türmten sich die Probleme, und in bezug auf die Zukunft überwog die Skepsis. Vielen schien es, als bewege sich Europas Geschichte in einer Krisenspirale, aus der kein Ausweg mehr führte. Die Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion, deren atomare Rüstungsoffensive und der NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 zerstörten die Blütenträume der Entspannung. Mehr denn je schien Europa zerspalten durch den Ost-West-Gegensatz, der sich zu einem neuen «Kalten Krieg» zu vertiefen begann. Das transatlantische Verhältnis litt zunächst unter amerikanischer Schwäche während der Regierungszeit Jimmy Carters, dann, seit 1981, unter zunehmendem Vertrauensverlust, als nämlich deutlich wurde, wie sehr Carters Nachfolger, Ronald Reagan, auch ohne die Europäer neue militärische und politische Stärke anstrebte. Nicht nur der Sowjetunion damit Paroli zu bieten war das Ziel; vielmehr wollte die Reagan-Administration die USA in die Lage versetzen, unilateral und weltweit ihre Rolle als Führungsmacht zurückzugewinnen und ihre Ansprüche gegebenenfalls auch militärisch durchzusetzen.¹ Zu einem Zeitpunkt, als der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende der Militärblöcke noch überhaupt nicht abzusehen waren, wurde daher die Abhängigkeit Westeuropas von den Vereinigten Staaten erneut schmerzlich erkennbar.

Wirtschaftlich hinterließen der Konjunkturerinbruch des Jahres 1975 und die Weltwirtschaftskrise von 1979 bis 1982 tiefe Spuren in den europäischen Ökonomien. Das Gespenst der «Stagflation» hielt Einzug: Hohen Inflationsraten von durchschnittlich 9,8 Prozent standen Nullwachstum, negative Leistungsbilanzen, steigende Haushaltsdefizite sowie die «Rückkehr der Arbeitslosigkeit» mit einem dramatischen Anstieg der Erwerbslosenquoten gegenüber – auf 10,6 Prozent im Jahre 1983.² Begleitet wurde die tiefe Wirtschaftskrise von der Sorge um die Umwelt: Horrorszenarien von vergifteten Flüssen, sterbenden Wäldern und verunreinigter Luft wurden gezeichnet. Um so deutlicher schienen sich die «Grenzen des Wachstums» abzuzeichnen – obwohl doch Wirtschaftswachstum eigentlich dringend erforderlich war, um den europäischen Wohlstand zu sichern. Kein

Wunder schließlich, daß sich angesichts eines solchen Berges von Problemen auch das Vertrauen in die politische Planung verbrauchte. Bis in die Mitte der 1970er Jahre bestand die Hoffnung, die Politik könne, wenn sie denn nur auf wissenschaftlicher Basis richtig beraten werde, eine langfristige gesellschaftliche Steuerungskapazität gewinnen. Am Beginn der 1980er Jahre aber war dieser «kurze Sommer der konkreten Utopie» (Michael Ruck) in einen stürmischen Herbst bedrohlicher Unsicherheit übergegangen.

Und die Europäische Gemeinschaft? Deren Mitgliedsstaaten fanden keinen gemeinsamen Nenner. Regelmäßig verstrickten sich die neun Staats- und Regierungschefs in einen kleinlichen Streit über die gemeinsame Agrarpolitik. «Eurosclerose» lautete das Stichwort der Stunde. Trotz bedrohlicher Wolken, die am internationalen Horizont heraufzogen, konstatierte *Die Zeit* einen «hanebüchenen Rückfall in den nationalen Egoismus».³

Am Ende der 1980er Jahre sah es sehr gut aus für Europa. Der Kontinent befand sich in einem geradezu euphorischen Zustand. Der Kalte Krieg war überwunden; Sowjets und Amerikaner reichten sich die Hand; die Völker Osteuropas warfen das Joch der kommunistischen Diktaturen ab und bereiteten ihre «Rückkehr nach Europa» vor. Westeuropa schien seine Wirtschaftskrise überwunden zu haben. Die inzwischen zwölf EG-Staaten erfreuten sich steigender Wachstumsziffern und waren im Begriff, die Gemeinschaft zur Wirtschafts- und Währungsunion weiterzuentwickeln. «In Europa ist der Optimismus schier grenzenlos», so kommentierte *Die Zeit*.⁴

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts schließlich sehnte sich mancher nach den 1980er Jahren zurück. Der Blick zurück verklärte die Dekade. Auf einmal erschien sie nun fast als «goldene Zeit»: übersichtlich, politisch klar geordnet und ökonomisch noch geschützt vor dem kalten Wind der Globalisierung. Selbst in Osteuropa meldeten sich nostalgische Stimmen zu Wort, die die soziale Sicherheit des späten Kommunismus positiv mit der «sozialen Kälte» des neuen Europa kontrastierten. Allerdings war inzwischen eine ganze Generation in dieses neue Europa hineingeboren worden; ihr mußte man nun schon historisch erläutern, was der Kommunismus gewesen war; was die Durchlässigkeit der innereuropäischen Grenzen und die gemeinsame europäische Währung bedeuteten. Kein Zweifel: Die 1980er Jahre waren zur Geschichte geworden.

Solche unterschiedlichen Perspektiven auf das Jahrzehnt vor dem europäischen Umbruch von 1989/90 sind lehrreich. Stärker als dies die Zeitgenossen zu erkennen vermochten, offenbart der Rückblick die fundamental widersprüchliche Signatur der 1980er Jahre und zeigt zugleich, wie stark

sich damals bereits die zukünftigen Entwicklungen abzeichneten. Wie dies in historischen Krisenzeiten meist der Fall ist, konvergierten auch um 1980 aktuelle Problemlagen mit längerfristigen Prozessen, die freilich als forcierte Veränderung empfunden wurden. Die späten 1970er und die 1980er Jahre bildeten gleichsam die Scharnierzeit eines umfassenden ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandels, dessen Dynamik durch die aktuellen Krisenerscheinungen katalytisch verstärkt wurde.⁵ «Strukturwandel» avancierte zum zentralen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Schlagwort der 1980er Jahre und erhielt geradezu schicksalhaften Charakter.

Konkret bedeutete dies, daß einerseits traditionelle und langvertraute Wirtschafts- und Erwerbsformen in eine irreversible, strukturell betrachtet zum Teil letale Krise eintraten. So fochten in Großbritannien Bergarbeiter und Drucker, einst die Speerspitze der Gewerkschaftsmacht, ihre letzten großen Schlachten gegen die Regierung Margaret Thatcher und den Pressezaren Robert Maxwell – vergeblich: Beschleunigter technologischer Wandel, konjunktureller Abschwung und internationale Konkurrenz wirkten zusammen, um dem Markt die Übermacht zu verleihen und aus dem letzten gewerkschaftlichen Kampf die letzte große Niederlage zu machen.⁶ 1989 rückten in Süd-Wales, wo einst 250 000 Kumpels mit ihren Familien ein Auskommen gefunden hatten, weniger als 5000 Arbeiter in die Kohlegruben ein.⁷ Desgleichen vollendete sich der Niedergang der west- und mitteleuropäischen Textilindustrie. Es waren die 1980er Jahre, in deren Verlauf die letzten großen Textilfabriken geschlossen wurden, während zugleich an Saar und Ruhr die deutschen Stahlarbeiter um die Fortexistenz ihrer Arbeitsplätze kämpften.⁸ Leicht ließen sich mehr Beispiele nennen: Mit elementarer Wucht und innerhalb weniger Jahre vollzog sich ein Marktgeschehen, dessen Bewegungsrichtung von keinen wirtschafts- und sozialpolitischen Instrumenten mehr zu verändern war. Selbst in der Bundesrepublik Deutschland, deren Industriekonzerne sich durch Rationalisierung und Innovation relativ erfolgreich an die neuen Gegebenheiten anzupassen vermochten, gingen zwischen 1973 und 1984 im produzierenden Gewerbe mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze verloren.⁹

Andererseits aber gingen von den späten siebziger und den achtziger Jahren vielfältige Formen neuer Modernität aus. Im Bereich der Medien, der Laser- und Satelliten-, vor allem aber der Computertechnologie bahnte sich nichts weniger als eine Revolution an. Die technischen Innovationen ermöglichten neue Produktivität im Dienstleistungssektor – beginnend mit den neuen Medien bis hin zur Entstehung eines digitalen Finanzsektors. Dies verbürgte eine erhebliche, wenngleich partielle ökonomische Dyna-

mik und eröffnete neue Zukunftschancen. Mithin waren die 1980er Jahre eine Periode des offenen Zusammenpralls ökonomischer, sozialer, aber auch kultureller Widersprüche.

Mehrere Entwicklungslinien, die in ihrem Ursprung zumindest ein Jahrzehnt zurückreichten, trafen in der wirtschaftlich prekären Situation um 1980 zusammen. Die schockartige Erhöhung des Ölpreises in den Jahren 1973 und 1979 hatte in der Weltwirtschaft tiefe Spuren hinterlassen. In allen westlichen Industriestaaten verstärkte sie die sich bereits zuvor abzeichnenden inflationären Tendenzen, zwang die Industrieunternehmen zu schmerzhaften Anpassungs- und Rationalisierungsmaßnahmen und beschleunigte somit den Abbau industrieller Arbeitsplätze. Aus der Erfahrung von «Stagflation» und hoher Arbeitslosigkeit nährte sich daher Anfang der 1980er Jahre ein grenzüberschreitendes Empfinden der wirtschaftlichen Krise, aus der es keine einfachen Auswege zu geben schien.¹⁰ Die unübersehbare Internationalisierung der Weltwirtschaft stellte überdies ganz grundsätzlich traditionelle Gewißheiten und Absatzmärkte der westeuropäischen Industriestaaten in Frage. Europa und die USA standen vor der Herausforderung Japans und zunehmend auch der fernöstlichen «Tigerstaaten» wie Taiwan und Südkorea, die im Bereich der Automobil- und Elektroindustrie zu dynamischen Konkurrenten avancierten. Noch im Windschatten der Weltgeschichte, aber mit langfristig geradezu revolutionären Konsequenzen betrat zur gleichen Zeit China unter seinem großen Reformler Deng Xiaoping den Weg der Modernisierung. Schon in den 1980er Jahren zeichnete sich daher die neue, für die Zukunft so bedeutsame Achse der Globalisierung von Nordamerika über Europa nach Nordostasien in ihren Umrissen deutlich ab.

Die wirtschafts- und finanzpolitischen Reaktionen auf diese Herausforderungen glichen sich in den westlichen Industrienationen im Verlauf der achtziger Jahre weitestgehend an. Europaweit vollzog sich ein lautloser Abschied von sozialdemokratischen, keynesianisch begründeten Rezepten.¹¹ Statt dessen suchten die Regierungen ein neues wirtschaftspolitisches Gleichgewicht, neues Wachstum und neue Stabilität: Im Mittelpunkt stand die Bekämpfung der Inflation und der Arbeitslosigkeit. Finanzpolitisch hatte dies zur Folge, daß alle westeuropäischen Regierungen auf einen mehr oder minder strikten monetaristischen Stabilitätskurs einschwenkten. Zugleich zollte der konsequente Abbau von Kapitalrestriktionen den Bedingungen fortschreitender Internationalisierung Tribut und erleichterte grenzüberschreitende Direktinvestitionen. Auch die Verbesserung steuerlicher Rahmenbedingungen sollte Investitionen und innovative Branchen fördern. Dem gleichen Ziel dienten Maßnahmen zur Verstärkung des Wettbewerbs

und zur Deregulierung, womit zwei ordnungspolitische Schlüsselbegriffe der achtziger Jahre genannt sind. Die Rückführung bzw. Begrenzung sozialpolitischer Leistungen zielte auf die Gesundung der Staatsfinanzen sowie die Entlastung der Arbeitskosten. Mit Margaret Thatcher und Großbritannien an der Spitze eroberten die «Krise des Sozialstaats» und die Überlegungen, wie ihr zu begegnen sei, die Tagesordnung der Innenpolitik. Flankierend hierzu suchten die Regierungen durch ein Bündel arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen höhere Beschäftigungszahlen zu erzielen. Die damit vorangetriebene, tiefgreifende Transformation der europäischen Gesellschaften setzt sich bis in die Gegenwart fort.¹²

Zugleich aber machten sich die sozialen und kulturellen Folgen der vorausgegangenen Epoche bemerkbar. Denn die «goldenen Jahre» des Nachkriegsbooms hatten aus sich selbst heraus neue Deutungsmuster, Mentalitäten und Lebensformen hervorgebracht. Sie sind als Trend zur «Postmoderne», «reflexiven Moderne», zum «Wertewandel» oder auch zum Postmaterialismus bezeichnet worden.¹³ In jedem Fall vervielfältigten sich seit den 1970er Jahren die Möglichkeiten des Individuums, sein eigenes Leben zu gestalten. Der für die Moderne insgesamt charakteristische Basisprozeß der «Individualisierung», das heißt die fortschreitende Herauslösung des Einzelnen aus rechtlichen und sozio-kulturell normierten Sozialbezügen, beschleunigte sich noch einmal erheblich. Die Urbanisierung und die in Westeuropa überall etablierte Konsumgesellschaft hatten das «System der Bedürfnisse» verändert und die Prioritäten der Menschen verschoben. Tief verwurzelte soziale Standards, die in der bürgerlichen Moderne als Orientierungsmarken dienten, begannen zu erodieren. Insbesondere wurde die dominierende Ordnung der Geschlechter nachhaltig in Frage gestellt. Die neue Frauenbewegung pochte auf Emanzipation, während sich zugleich die Arbeitswelt veränderte. Um so weniger selbstverständlich wurde es, daß sich die individuellen Lebensläufe in das lang tradierte Modell des männlichen Alleinverdieners und der Hausfrauenehe einfügten. Zwar übten entsprechende Leitvorstellungen noch bis gegen die Jahrhundertwende Einfluß aus und sie blieben auch noch längere Zeit ein normativer Bezugspunkt gewerkschaftlicher wie staatlicher Sozialpolitik. Aber Frauen forderten immer nachdrücklicher ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt ein, und im expandierenden Dienstleistungssektor fanden sie zunehmende Möglichkeiten, diese Forderung auch zu verwirklichen. In allen westeuropäischen Staaten begann die Frauenerwerbsquote signifikant zu steigen.

Zugleich geriet die männliche Erwerbsbiographie, die ja entscheidend auf den Arbeitsplätzen der reifen Industriegesellschaft basierte, in die Krise. Häufigere Jobwechsel, niedrigere Verweildauer beim jeweiligen Arbeitgeber

und reduzierte Beschäftigungs- und Qualifikationsstabilität waren deutliche Kennzeichen hierfür.¹⁴ Rückblickend steht außer Frage, daß die lebenslange, räumlich stationäre (männliche) Normalerwerbstätigkeit seit den 1970er Jahren einem mehr oder minder tief greifenden Wandlungsprozeß unterworfen ist.¹⁵ So wie einst die Industrialisierung einen tiefen Wandel in den Familienstrukturen und Geschlechterbeziehungen bewirkte, so hat auch der Zug zur postindustriellen Gesellschaft die Familienstrukturen verändert. Er hat den männlichen Lebenslauf destabilisiert und die Frauen in den Arbeitsmarkt gezogen. Denn es besteht kein Zweifel daran, daß vor allem weibliche Arbeitskraft genutzt wurde, um den fundamentalen Strukturwandel in den westlichen Ökonomien seit 1970 zu bewältigen. Frauen haben neue und dringend benötigte Flexibilität in den Arbeitsmarkt gebracht. Und zugespitzt läßt sich argumentieren, daß für das dynamische Wachstum des Dienstleistungssektors während der letzten 40 Jahre die expandierende weibliche Arbeitskraft eine Art flexible, postindustrielle «Reservearmee» gebildet hat.

Bedeutsam ist, daß auch die Erwerbsquote verheirateter Frauen spürbar anstieg. Dies offenbarte das Nachlassen der Familienbindung im weiblichen Lebenslauf. Tatsächlich tendierten alle seit Mitte der 1970er Jahre zu beobachtenden Entwicklungen dazu, die Zentralinstanz Ehe, Familie, Kinder als biographische Standardnorm zu relativieren. Materielle, rechtliche und mentale Prozesse verschränkten sich mit einer erstaunlichen Veränderungsdynamik des Verhaltens. Der ausgebaute Sozialstaat versprach zumindest potentiell nicht wenige Funktionen der Familie zu übernehmen; das liberalisierte Ehescheidungsrecht vergrößerte die individuellen Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten, und die neuen Methoden der Empfängnisverhütung entkoppelten die Sexualität endgültig von ihrer Reproduktionsfunktion. Innerhalb weniger Jahre erfolgte fast ein Totalabbruch traditioneller Einstellungen und Konventionen; zugunsten der Freiheit, die Lebensform individuell zu gestalten, wurden sie in einer Radikalität beiseite geschoben, die ihresgleichen sucht.

Parallel hierzu vollzog sich Europas «zweite demographische Transition»: Seit den 1970er Jahren sank nicht nur die Geburtenrate, sondern auch die Zahl der Eheschließungen. Dagegen stieg das durchschnittliche Heiratsalter ebenso an wie die Zahl der Ehescheidungen, der Alleinerziehenden, der Ledigen, der nichtehelichen Lebensgemeinschaften und der Einpersonenhaushalte.¹⁶ Hieraus resultierte nicht nur eine vormalis unbekannte «Pluralisierung» der Lebensformen, sondern auch eine neue Form des Entscheidungsdrucks. Denn aus der neuen Freiheit entstanden neue Risiken, und tatsächlich bedeutet Individualisierung ja keineswegs nur Freiheits-

gewinn und Emanzipation, sondern auch die Freisetzung aus tradierten Versorgungssicherheiten. Im Zeichen der ökonomischen Krise koinzidierte nun der kulturelle Wandel mit einem Verlust an wirtschaftlicher und sozialstaatlicher Sekurität.

Entsprechend unwiderstehlich waren die Einflüsse auf die Politik. Die Regierungen der westlichen Staaten sahen sich mit einer Art «Zangenbewegung» konfrontiert: Auf der einen Seite mußten sie die sozialen und fiskalischen Rückwirkungen des Strukturwandels und zunehmend auch der Globalisierung bewältigen. Auf der anderen Seite aber machten sich die genannten politischen Folgen des sozio-kulturellen Wandels seit den 1960er Jahren bemerkbar. Arbeitslosigkeit und chronische Staatsverschuldung, Geburtenrückgang und Individualisierung der Lebensstile veränderten dauerhaft die Tagesordnung und zunehmend auch die Form demokratischer Politik.

Die größte Herausforderung betraf den etablierten Sozialstaat, der seit den 1980er Jahren permanent zur Disposition stand. Tatsächlich waren ein erheblicher Teil der innenpolitischen Kontroversen im Kern sozialpolitische Debatten, in denen sich die Konsequenzen des Strukturwandels ausdrückten. So bestand über die gesamten 1990er und 2000er Jahre eine hohe, strukturell bedingte Sockelarbeitslosigkeit fort. Sie war überwiegend dem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt geschuldet, konkret zwischen den Kenntnissen freigesetzter Industriearbeiter und den steigenden Kompetenzanforderungen der neuen Dienstleistungsbranchen. Ferner bestand ein gemeinsames Interesse der Unternehmer und der Regierungen, ältere, als unflexibel geltende Industriearbeiter aus dem Arbeitsmarkt zu nehmen. Die schon in den 1980er Jahren aufgelegten Programme zur Frühverrentung halfen den Unternehmen bei der Rationalisierung, erlaubten der Politik kosmetische Verbesserungen der Arbeitslosenstatistik und trugen entscheidend dazu bei, daß die männliche Erwerbsquote seit den 1970er Jahren deutlich zurückging. Ebenso wurden die Arbeitszeiten flexibilisiert, was es den Unternehmern ermöglichte, ihre Produktion den jeweiligen konjunkturellen Rahmenbedingungen anzupassen. Flankierend hierzu legten Wirtschaft und Politik gesteigerten Wert auf die Güte der Bildung und Ausbildung der Arbeitskräfte. Insbesondere wurde die Idee eines «lebenslangen Lernens» propagiert, das die Arbeitsmarktchancen des Einzelnen erhöhen und ihn zugleich in die Lage versetzen sollte, sich in seinem Arbeitsleben für mehrere Berufstätigkeiten zu qualifizieren. Diese Aussicht auf erhöhte Job-Mobilität implizierte freilich zugleich eine deutlich geringere Arbeitsplatzsicherheit. So begannen sich denn auch häufigere Wechsel des Arbeitsplatzes,

Zeitarbeit und unbezahlte Praktika vor allem in den boomenden Dienstleistungsbranchen zunehmend zu verbreiten.

Überdeutlich also erwies sich Jean Fourastiés «Große Hoffnung des 20. Jahrhunderts» als Illusion. Wo der französische Soziologe 1949 das Verschwinden der Arbeitslosigkeit, ein höheres Bildungsniveau und eine steigende Lebensqualität prognostiziert hatte, etablierten sich Langzeitarbeitslosigkeit, Bildungskrise und «neue Armut». Während Fourastié selbst seine Voraussagen mit dem Ende des Booms für überholt hielt, gewannen andere Analysen, die eine neue «Verwundbarkeit» auf dem Markt konstatierten, an Gewicht.¹⁷

Vor eben solcher Verwundbarkeit schien die Menschen im östlichen Teil Europas noch das kommunistische System zu schützen. In der «heilen Welt der Diktatur» gab es keine Arbeitslosigkeit, höchstens chronische Unterbeschäftigung. Zwar unterzog die Staatsmacht den einzelnen einer Kontrolle «von der Wiege bis zur Bahre». Aber der diktatorische Alltag ließ durchaus Nischen für das kleine private Glück bestehen;¹⁸ auch die Familienplanung schien insofern leichter als in Westeuropa zu sein, als der sozialistische Staat die Berufstätigkeit der Frauen förderte und Kinderkrippen bereitstellte. Die männliche Erwerbsbiographie war durch ein zwar unproduktives, aber politisch rückversichertes Industriesystem geschützt.

Zum Hauptproblem der kommunistischen Regime wurde allerdings im Verlauf der 1980er Jahre ihre finanzielle und ökonomische Lage. War zum Beispiel in der DDR während der 1970er Jahre die mangelnde Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern noch notdürftig durch den fremdfinanzierten Import westlicher Waren kompensiert worden, so führte dies seit dem Ende der Dekade in eine nicht mehr aufzuhaltende Schuldenspirale.¹⁹ Aber der aussichtslose Rückstand, in den die sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft gegenüber dem Westen geraten war, traf auf wachsende Bedürfnisse der Bevölkerung. Durch die westlichen Medien verstärkte Wünsche nach individueller Lebensgestaltung und nach verbesserter Versorgung mit Konsumgütern, die nun zunehmend auch eine jüngere Generation artikulierte, vermochten die kommunistischen Regime nicht mehr zu befriedigen. Hinzu trat in manchen Staaten des Warschauer Paktes die Forderung nach politischer Selbstbestimmung. In Polen ließ sich die oppositionelle Gewerkschaft Solidarność, in der Tschechoslowakei die Bürgerrechtsbewegung der Charta 77 auch durch Haftstrafen nicht einschüchtern. Tatsächlich stand die kommunistische Herrschaft in den osteuropäischen Ländern nicht nur auf tönernen Füßen, sondern auch – wie der Rückblick schonungslos offenbart – auf den Bajonetten der Roten

Armee. Allerdings hätte dieser prekäre Zustand wohl noch lange Zeit andauern können. Wirtschaftlicher Rückstand und politische Unfreiheit waren ja in den 1980er Jahren nichts grundsätzlich Neues, sondern dem kommunistischen Regime von Beginn an eingeschrieben. Zwar kann man von einer fortschreitenden Erosion des kommunistischen Deutungsmonopols während der 1980er Jahre ausgehen; aber die notwendige Voraussetzung für das Ende des Kommunismus war der Wandel in der Machtzentrale. Erst als in Moskau lang tradierte Gewißheiten der kommunistischen Welt zur Disposition gestellt wurden, konnte die Selbstbefreiung des östlichen Teils Europas beginnen.

[...]